

November 2016



DER FUCHS

digital

Zeitschrift des CDU-Ortsverbandes Reinickendorf-West

Emine

Demirbüken-Wegner

BILANZ



20¹¹/₁₆

*Fünf Jahre Staatssekretärin
für Gesundheit*



Hallo Reinickendorf-West, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am 18. September 2016 fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin sowie zu den Bezirksverordnetenversammlungen der Berliner Bezirke statt. Meine Partei, die Berliner CDU, hat dabei ein historisch schlechtes Ergebnis ‚eingefahren‘, daran gibt es nichts

zu deuteln! Im Bezirk Reinickendorf wurden auch erheblich Stimmen verloren. Dennoch hat sich die CDU-Reinickendorf als stärkste politische Kraft hier mit großem Abstand zu allen anderen Parteien behauptet. Mit wie bisher drei Bezirksstadträten, mit unserem erfolgreichen Bezirksbürgermeister Frank Balzer und mit dem Gewinn aller sechs in Reinickendorf zu vergebenden Direktmandate für das Abgeordnetenhaus von Berlin ist für die CDU eine solide Basis auch weiterhin

verlässlicher Politik in und für Reinickendorf seitens der Wählerinnen und Wähler geschaffen worden. Im Zuge der Wahlen im Jahr 2006 wurde ich Abgeordnete im Berliner Landesparlament. 2011 haben mich die Bürgerinnen und Bürger zur direkt gewählten Wahlkreisabgeordneten für den Wahlkreis Reinickendorf-West bestellt. 2016 konnte ich erneut diesen Wahlkreis direkt gewinnen. Als sich Ende 2011 die SPD/CDU-Regierungskoalition bildete, wurde ich als Staatssekretärin für Gesundheit Mitglied im Berliner Senat. Diese Funktion ist mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode 2016/2021 beendet. Es



waren fünf ereignisreiche, arbeitsintensive und -wie ich meine- erfolgreiche Jahre in einem den Menschen in besonderem Maß dienenden Aufgabenbereich. Vieles von dem, was meine Verwaltung und ich dort geleistet haben, geschah und geschieht eher im Ver-

borgenen. Die großen Schlagzeilen machten eher andere Themen. Daher möchte ich Ihnen im Folgenden eine Art Rechenschaftsbericht über meine Regierungsarbeit abgeben. Es ist eine Darstellung, die mehr in Stichworten und Überschriften stattfindet. Und es ist auch ein Abgleich zwischen den im Jahr 2011 mit der damaligen Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU den Bürgerinnen und Bürgern gegebenen politischen Versprechen und der Erfüllung derselben. Es ist

viel erreicht worden in diesen fünf Jahren. Deshalb möchte ich mich hier bei den vielen Menschen in meiner Verwaltung, in der Politik, in den Berufsverbänden, bei den Ehrenamtlichen, aber insbesondere in der Bürgerschaft bedanken. Ohne diese Menschen und deren Engagement wäre vieles gar nicht möglich geworden – und meine Tätigkeit als Staatssekretärin ein stumpfes Schwert geblieben!

**Ihre
Wahlkreisabgeordnete
Emine Demirbükten-Wegner**
Chefredakteurin „Der Fuchs“



Bilanz 17. Legislaturperiode Bereich Gesundheit Abt. I

Hinweise zum Verständnis

1. Die Themenbereiche/Themenschwerpunkte, die Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung sind, werden mit dem Hinweis **Koa** versehen (rot)
2. innerhalb der Aufzählung sind Themenbereiche/Themenschwerpunkte mitunter mit einem Hinweis und mit einer Seitenzahl versehen (grün), **die auf Erläuterungen verweisen**, um verwirrende Doppelaufzählungen zu vermeiden

Stärkung, Prävention und Gesundheitsförderung

Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung

Stadtplan der Gesundheitsförderung (KOA)

- neu entwickelte Internetplattform
- ca. 7.000 gesundheitsförderliche mit Qualitätssiegel versehene Angebote abrufbar für die individuelle Nutzung

Aktionsprogramm Gesundheit – APG (KOA)

- neu erstelltes Förderprogramm der Primärprävention
- Finanzvolumen 1,43 Mio Euro
- besondere Schwerpunkte der neuen Projekte: Ernährung und Bewegung für alle Altersklassen, Sturzprävention für die ältere Generation, Angebote zur Erhalt der seelischen Gesundheit, AIDS-Prävention
- Auftrag (KOA) – Verzahnung mit bereits laufenden Landesprogrammen erfolgte mit „Gute gesunde Kita“, „Gute gesunde Schule“ und Park-Sport-Angeboten
- Auftrag (KOA) – Verzahnung mit IGP (**Erläuterungen s. Folgepunkt Seite 3**) erfolgte insbesondere mit den Bereichen HIV/AIDS

Integriertes Gesundheitsprogramm – IGP

- Fortsetzung des bewährten Gesundheitsprogramms mit Präventionsangeboten im Bereich Drogen und Sucht, Selbsthilfe und besondere Gesundheitsrisiken
- 100 Projekte
- Gesamtvolumen 13,07 Mio Euro
- 2016 und 13,4 Mio Euro – erstmals Steigerung für Tarifanpassungen innerhalb der Projekte ausgereicht

Präventionsarbeit in Zusammenarbeit mit der LGK

Seite 7 Ausführungen unter LGK insbesondere zu den Schwerpunkten Gesundheitsziele und Präventionsketten.

Präventionsarbeit im Zusammenhang mit dem Bereich Drogen und Sucht (KOA)

Seite 11 Ausführungen unter Drogen und Sucht insbesondere zu den Schwerpunkten Initiativen der Fachstelle, Einrichtung von Mitmachparcours, Präventionsveranstaltungen Glückspielsucht

Präventionsarbeit unter dem Schwerpunkt gesundheitlicher Kinderschutz

Seite 9.



Präventionsarbeit unter dem Schwerpunkt Kinderschutzfälle (KOA)

Seite 10 Ausführungen gemeinsamer Schutzauftrag nach KJHG, Bundeskinderschutzgesetz, Berliner Kinderschutzgesetz.

Präventionsarbeit im Rahmen des Netzwerkes gegen sexuelle Gewalt

Seite 4 Ausführungen zum Netzwerk.

Umsetzung Präventionsgesetz im Land Berlin

Zurzeit laufen die Verhandlungen mit den Kassen zu einer Landesrahmenvereinbarung unter Federführung von StSGes.

Netzwerk gegen sexuelle Gewalt

- Umsetzung des Beschlusses der Landeskommision gegen Gewalt (LAKO) vom 24.2.2011 durch StSGes – Gründung und Aufbau des Netzwerkes zur Begegnung sexueller Gewalt – neu Bezug auf Betroffene jeden Alters und Geschlechts mit und ohne Behinderungen,
- Mitarbeit von über 30 Institutionen, LGK, Krankenhäuser, Initiativen und Vereinen, Religionsgemeinschaften sowie mehr als zehn Dienststellen der Senatsressorts Arbeit, Integration und Frauen, Bildung, Jugend und Wissenschaft, Gesundheit und Soziales, Inneres und Sport sowie Justiz und Verbraucherschutz und den Bezirksämtern,
- Erarbeitung eines Integrierten Maßnahmenplans zur Begegnung sexueller Gewalt
- Die Maßnahmen enthalten Vorschläge zur Prävention hinsichtlich sexueller Gewalt sowie zum Opferschutz
- Vorlage zur Kenntnisnahme an den Senat am 19.7.2016
- eingebracht ins Berliner Abgeordnetenhaus und abrufbar in der Parlamentsdokumentation unter der Drucksache 17/3106

Kampagnen

ergeben sich aus KOA-Aufträgen
und bundesweiten Aktionen

jährliche Blutspendeaktion (ergänzt bundesweite Aktion)

- unterstützt von den türkischen Medien

Organspendekampagne (ergänzt bundesweite Aktion)

- mit türkischen Ärzten in Moscheegemeinden ,
- Interviewreihen in Metropol FM,
- Flyer in türkischer Sprache
- Ziel: Verständnis für Organspende erhöhen, sich als Spender zur Verfügung stellen/Organspendeausweis
- jedes Jahr am 1.6. läuft bei Metropol FM dazu ein Aufruf in türkischer Sprache

DKMS-Kampagne (ergänzt bundesweite Aktion)

- Kampf gegen Blutkrebs, Werbung von Knochenmarkspendern

Kampagne Pflege (KOA)

- Pflegeberufe Zielgruppe türkische und arabischstämmige Jugendliche
- Flyer in türkischer Sprache



Cannabis-Kampagne (KOA)

- Kampagne gegen Cannabismissbrauch;
- Finanzvolumen 500.00 Euro
- Ausschreibung und Auswahl abgeschlossen
- Beginn Oktober 2016

Menschen mit Behinderungen

(Inclusion KOA-Auftrag)

Zentrum für die zahnärztliche Versorgung schwerstmehrfachbehinderter Menschen (KOA-Auftrag)

- für Menschen jeden Alters, die nur unter Narkose behandelt werden können, in Kooperation mit einer Klinik – Novum in Deutschland

Entwicklung von Schutzkonzepten

- erfolgte im Rahmen des Netzwerkes gegen sexuelle Gewalt
- ist der Abgeordnetenhausdrucksache 17/3106 zu entnehmen

Umstellung der Finanzierung der Sozialpädiatrischen Zentren

- Versorgung von Kindern mit Behinderungen – nur noch Finanzierung der Landeskinder, damit ist die finanzielle Sicherung erreicht mit einem Umfang von 1.180 560 Euro

ÖGD

Öffentlicher Gesundheitsdienst – 3. Säule des deutschen Gesundheitswesens

Auftrag aus der KOA-Vereinbarung

1. Berichte und Gesetze

- Evaluation und Bewertung des ÖGD-Zentrenkonzeptes – 17/1460
- Evaluation und Weiterentwicklung der Grundstruktur des ÖGD – 17/2676
- Verlängerung Gesundheitsdienstreformgesetzes GDG – 17/2575

2. AG „neue Wege ÖGD“

Diese AG wurde neu gegründet, um Strategien zu entwickeln, wie der ÖGD in Berlin gestärkt werden kann. Der AG gehörten an: ÄK, KV, Charité, Verband der Kinder- und Jugendärzte, Bezirke und Verwaltung. Die AG befasste sich mit folgenden Fragen und deren Umsetzung:

2.1. Vergütung von Ärztinnen und Ärzten im ÖGD

- Vorziehen von Erfahrungsstufen konnte erfolgreich mit SenFin verhandelt werden.
- Erleichterte Zugangsvoraussetzungen wurde über die neue Laufbahn-VO Gesundheit erfolgreich durchgesetzt.

2.2. Imagekampagne ÖGD/Erstellung einer Broschüre

- erfolgte 2014, Nachauflagen sind geplant
- wurde als Vorbild für ähnliche Broschüren auch vom BMG angefordert, dieses finanzierte auch eine ähnliche Broschüre des bvoegd.



2.3. Gewinnung von Ärzten im ÖGD mit folgenden Unterpunkten:

a) Zusammenarbeit Klinik/ ÖGD, Facharztausbildung und Ärztegewinnung

In einer kleinen AG im Rahmen der AG „Neue Wege“ wurde mit Prof. Frei, BA Mitte und BA Steglitz-Zehlendorf erörtert und vereinbart:

- Rotation bzw. Abordnung in der Stelle zwischen Charité und Bezirken im Bereich der Kinderheilkunde, der Psychiatrie und der Gynäkologie – Vergütungsprobleme befinden sich noch im Klärungsprozess
- ÖGD als PJ-Station – es wird dafür verabredungsgemäß geworben
- Konzept/Curriculum für Famulatur im ÖGD – wurde erarbeitet und jetzt bereits angewendet

b) Famulatur im ÖGD

- Berlin unterstütze die Forderung über die GMK
- der Durchbruch erfolgte mit der 87. GMK 2014
- Famulatur im ÖGD Berlin seit 2015 wieder möglich

c) Weiterbildung der ÖGD-Ärzte an der BSPH

- Projekt ließ sich zunächst gut an, konnte aber wegen Ressourcenknappheit der BSPH nicht fortgesetzt werden. Deshalb wird das Ziel, ein Fortbildungsangebot an der BSPH/Charité aufzubauen, nicht mehr weiterverfolgt.
- Stattdessen ist Berlin 20216 – nach 19 Jahren – wieder in die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf eingetreten. Staatsvertrag wurde geschlossen und finanziell Vorsorge im DHH 16/17 getroffen – AGH Drucksachen Staatsvertrag 17/2844, Akademie 17/2928.
- Der derzeit laufende Amtsarztkurs bis 2016 wird wie vereinbart an der BSPH bis zum Schluss geführt.

Fachzahnarztweiterbildung ÖGW an der BSPH

- Die Anerkennung durch die Zahnärztekammer ist erfolgt.
- Die ersten beiden Kurse wurden inzwischen erfolgreich abgeschlossen.

d) Zusammenarbeit Charité(Ärzte) und Bezirke

- Hat sich insbesondere bei Fragen der Weiterbildung und Lösung aktueller Erfordernisse (Impfaktionen, Hygiene, Flüchtlinge) entscheidend verbessert.

Weitere Themen der AG:

- ÖGD-Zentrenkonzept und Personalsituation im ÖGD – zurzeit Weiterführung durch die FAE;
- Aufgabenkritik ÖGD – Auslagerung der ESU – Ergebnis: allgemeine Ablehnung;
- Stärkung der Teilnahme an der J1 und J2 – Prüfung eines Flyers;
- Etablierung und Durchführung einer jährlichen überbezirklichen Fachtagung zu ÖGD-Schwerpunktthemen unter Federführung der SenGesSoz in persönlicher Begleitung der StSGes
 - 2012 – ÖGD trifft Wissenschaft,
 - 2013 – ÖGD als Teil der regionalen psychiatrischen Pflichtversorgung;
 - 2014 Die Arbeit des KJPD und seiner Partner (Zu diesem Thema wird eine eigene



- Internetseite mit den Bezirken entwickelt.)
– 2015 Neue Herausforderungen für den ÖGD in der Metropole Berlin

3. Verhandlungen StS mit Finanzen im Rahmen des ÖGD

- **LaufbahnVO Gesundheit**

Es konnte erfolgreich die Zustimmung von SenFin eingeholt werden.

- **Eingruppierung ÖGD-Ärzte**

Bezirke können selbst entscheiden, welche Erfahrungsstufen sie vorab anerkennen wollen, um Anstellungen zu erleichtern.

- **Basiskorrektur Impfstoffe für die Bezirke**

Es wurden erfolgreich Basiskorrekturen für den erhöhten Impfstoffbedarf verhandelt.

- **TrinkwasserVO** – Es wurde die erforderliche Personalaufstockung – 2 Stellen pro Bezirk – erreicht

- **Bekämpfung Ambrosia und Eichenprozessionsspinner**

Es wurde erfolgreich um die erforderliche Mittelaufstockung verhandelt.

- **Regionalisierung Leichenschauheine**

Die notwendigen Personalaufstockungen wurden erreicht

- **Zweiter Standort Hörberatungsstelle**

SenFin bewilligte von 14 auf 18,2 Stellen. Damit wird es möglich, 5 neue Mitarbeiterinnen /Mitarbeiter in VZÄ einzustellen. Der Standort Neukölln kann damit erhalten und ein mehr als 10 Jahre andauernder Streit zwischen den betroffenen Bezirken beendet werden.

Landesgesundheitskonferenz LGK

Neuausrichtung der LGK

- Wiedereinführung der Leitungsrunde, LGK in allen Teilen öffentlich
- Weiterentwicklung der Gesundheitsziele
- Verankerung der LGK im politischen Raum – erstmals Anhörung im Abgeordnetenhaus
- Entwicklung eines Logos, Beschlüsse zur Öffentlichkeitsarbeit,
- Einführung einer internen Interventionsberichtserstattung (IBE) – wo und womit engagieren sich die Mitglieder der LGK
(Beispiel Kita Gesundheitsziel „gesund aufwachsen“)

Weiterentwicklung der Gesundheitsziele

- weitere Ausgestaltung des Gesundheitsziels „gesund älter werden“ mit dem Thema Drogen und Sucht im Alter, Erweiterung durch Konzept 80+ und Mundgesundheit im Alter
- neues Gesundheitsziel „gesunde Arbeit in Berlin stärken“ – Bildung einer AG, Vorlage von Vorschlägen für eine gesunde Arbeitswelt, Entwicklung einer Broschüre BGF/BGM Vorlage im Oktober,
- Verstärkung der Initiativen im Bereich der interkulturellen Öffnung/IKÖ – Erfassen aller Bereiche
- Einrichtung eines gesundheitsbezogenen Integrationsmonitorings (IM)
- Gründung eines Expertenbeirats zur Begleitung des IM



Schwerpunkt Prävention und Gesundheitsförderung (KOA)

Zu den Gesundheitszielen wurden Projekte entwickelt, die über verschiedene Partner und Programme vor allem in Zusammenarbeit mit den Bezirken umgesetzt werden:

„Gesund aufwachsen“

- Entwicklung einer Baby App
- Entwicklung von Präventionsketten frühe Hilfen (vor und nach der Geburt eines Kindes, Übergänge gestalten) – erfolgreich in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Neukölln

„Gesund älter werden“

- gesund in jedem Lebensalter – Sturzprävention, Bewegungsangebot – Stadtwanderung – über Sportvereine, Stadtteilzentren, besonders erfolgreich Bezirke Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick
- soziale Teilhabe – besonders erfolgreich Kreuzberg, Sprengelkiez, Märkisches Viertel, Netzwerk Gropiusstadt
- psychische Gesundheit – Netzwerk gegen Demenz und Depression – existiert in 9 Bezirken – enge Zusammenarbeit mit der Alzheimer Gesellschaft und den Maltesern
- Konzept 80+
- Mundgesundheit im Alter

„Gesunde Arbeitswelt“

- Bildung einer AG – Entwicklung von Vorschlägen zum Arbeitsschutz, zu Veranstaltungen und zur betrieblichen Gesundheitsförderung
- Gesundheitsforum – Wie gesund ist die digitale Arbeitswelt?
- Informationsbroschüre BGM, BGF in Zusammenarbeit mit IHK, HealthCapital, ZAGG und SenGesSoz – Vorlage im Oktober

Veranstaltungen

Es wurden **8 Gesundheitsforen** durchgeführt, die mit ihren Themen die Gesundheitsziele aufgriffen:

- Psychische Gesundheit Älterer
- gesundes Altern in der Zuwanderungsstadt
- seelische Gesundheit in der Arbeitswelt
- Gesundheitsressourcen von Jugendlichen stärken
- Wieviel anders ist normal?- Umgang mit verhaltensauffälligen Jugendlichen
- Gesundheitsmuffel Mann
- Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen
- Digitalisierung der Arbeitswelt

Es wurden **5 Landesgesundheitskonferenzen** durchgeführt

- 2012 Wir sind da – gesund älter werden
- 2013 Berufsleben gesund gestalten
- 2014 Prävention stärken in jedem Lebensalter
- 2015 Migration und Gesundheit
- 2016 Qualität in der Gesundheitsförderung sichern

Für alle Veranstaltungen liegen Dokumentationen vor.



Stärkung Interkulturelle Öffnung IKÖ

Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung

IKÖ in allen Bereichen der gesundheitlichen Versorgung

- Öffnung aller Bereiche der gesundheitlichen Versorgung – Umsetzung LGK-Ziel
- Öffnung von Kampagnen für Menschen mit Migrationshintergrund
- Schwerpunkt Kinderschutz – Flyer in 19 Sprachen, zurzeit Übersetzung der Broschüre „Spielend im Freien“ ins Arabische und Türkische

Instrumente für IKÖ weiter entwickeln

- Konzepte, Beispiel Mitwirkung am Konzept gesundheitliche Versorgung von Roma
- Einführung und Entwicklung eines gesundheitsbezogenen Integrationsmonitorings – s. LGK
- finanzielle Stärkung des Gemeindedolmetschdienstes zur Unterstützung barrierefreier Kommunikation
- Bereitstellung von Informationsmaterialien in anderen Sprachen
- Stärkung der Zusammenarbeit mit Verbänden wie zum Beispiel der Berliner Gesellschaft türkischer Mediziner BGTM, mit Moscheegemeinden, mit Medien (Metropol FM, Merhaba)
- Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheitseinrichtungen
- Runder Tisch medizinische Versorgung von Flüchtlingen

Projekte interkulturell öffnen

- IGP-Projekte interkulturell ausrichten – IKÖ Teil der Projektberichterstattung
- Erhalt der Frauen-Gesundheitsetage
- Einrichtung eines Geburtenfonds für nichtversicherte EU-Bürgerinnen – 300.000 Euro
- Muslimische Telefonseelsorge – 150.000 Euro
- Unterstützung eines Projekts seelische Gesundheit Dr. Mönter und Moscheegemeinde

Kinderschutz (KOA)

Schwerpunkt gesundheitlicher Kinderschutz

Implementierung gesundheitlicher Kinderschutz in der Gesundheitsverwaltung

- Implementierung des Themas Kindergesundheit als ministerielle Aufgabe,
- Einsatz eines Beauftragten für gesundheitlichen Kinderschutz in der Ges-Verwaltung
- Wiederaufnahme des Runden Tisches Kindergesundheit und inhaltliche Neuausrichtung – Ernährung, Bewegung, Mundgesundheit, seelische Gesundheit

Präventive Maßnahmen im Rahmen des gesundheitlichen Kinderschutzes (KOA)

- Ausbau der frühen Hilfen
 - Einsatz von Familienhebammen,
 - Entwicklung des Rundschreibens Nr. 01/2013 „Höhe der Entgelte für Familienhebammen – 55,- höchstes Entgelt alle Bundesländer
 - Entwicklung von Präventionsketten beginnend vor der Geburt eines Kindes
 - Einführung einer kostenfreien Baby-Berlin App
 - Babylotsensystem
 - Weiterentwicklung des Mutterpasses in Zusammenarbeit mit den Schwangerenbera-



tungsstellen, Hinweise auf Beratungsstellen in mehreren Sprachen

- Ersthausbesuch als Familienbesuch – Initiative der Gesundheitsämter „Willkommen im Leben“
- Informationsflyer für Eltern zur Kindergesundheit in 19 Sprachen – über 500.000 Flyer wurden an Krankenhäuser, Geburtskliniken, Hebammen und niedergelassene Kinderärzte und Gesundheitsämter ausgegeben
- Umsetzungserfordernisse aus den Ergebnissen der Einschulungsuntersuchungen
- Erhöhung des Durchimpfungsgrades zur Masernprävention
- Implementierung der Mundgesundheit als eigenen inhaltlichen Schwerpunkt einschließlich Zahnputzaktionen in Berliner Kitas,
- Einführung eines Kinderzahnpass in den Kinderuntersuchungsheften
- in Zusammenarbeit mit der Zentralen Stelle der Charité konnten in allen Bezirken Kinder- und Jugendarztpraxen gewonnen werden, die kurzfristig Termine für Kinder- Früherkennungsuntersuchungen U4 bis U9 anbieten
- Stärkung der Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendärzte mit anderen Partnern – z.B. Zahnärzte, ÖGD, Zentrale Stelle Einladewesen, Jugend- und Gesundheitsämter,
- Kinder psychisch kranker Eltern (Fachveröffentlichung 2014)
- Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Fachveröffentlichung 2016)
- Mitwirkung an Veranstaltungen zur Kinderunfallprävention

Kinderschutzfälle – Erfüllung des Schutzauftrag (KOA)

- gemeinsame Leitung der Lenkungsgruppe Kinderschutz der SenBJW – neue Geschäftsordnung – Jugend und Ges gleichberechtigte Partner
- gemeinsame Vorbereitung von Veranstaltungen mit der SenBJW zum Thema Kinderschutz
- gemeinsame Konzeptentwicklung mit SenBJW, Beispiel Kinderschutzambulanzen
- gemeinsame Arbeit an der AV Kinderschutz – SenGes + Soz, SenBJW
- Erarbeitung von Lösungsstrategien im Rahmen der Lenkungsgruppe Kinderschutz
- Erarbeitung von Vorschlägen zur Begegnung sexueller Gewalt im Rahmen des Netzwerkes gegen sexuelle Gewalt
- gemeinsame Veranstaltung zum Thema mit SenBJW, Ligaverbänden und Bezirken

Umsetzung des Berliner Kinderschutzgesetzes

- Stärkung der Kooperation zwischen Gesundheits- und Jugendämtern – Umwandlung von 2 Beschäftigungspositionen pro Bezirk in diesem Bereich in feste Stellen
- kleine Evaluation des Berliner Kinderschutzgesetzes – Untersuchung zur Erhöhung der Anzahl der U-Untersuchungen sowie Zusammenhang zwischen U-Untersuchungen und Kinderschutzfällen

Endlich Kinderschutzambulanzen in Berlin

- Einrichtung von 5 Kinderschutzambulanzen in Zusammenarbeit und Finanzierung von 3 Senatsverwaltungen – SenGes, SenBJW, SenJust
- Erstellung des Konzepts in Rekordzeit von 6 Monaten, Gesamtumsetzungsdauer 1 Jahr
- Aufnahme der Arbeit im März 2016
- enge Zusammenarbeit mit der Gewaltschutzambulanz der Charité



Drogen und Sucht (KOA)

Präventionsarbeit

- Weiterführung der Initiativen der Fachstelle zu „Berlin rauchfrei“ sowie der Aufklärungskampagne zu Folgen des Alkoholmissbrauchs „klar bleiben“
- Einrichtung eines weiteren Mitmachparcours bei Karuna e.V. zur Alkoholprävention
- Mitwirkung bei der AOK-Aktion „bunt statt blau“
- Veranstaltungen und Gewinnung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Begegnung der Glücksspielsucht
- Veranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern von Moscheegemeinden zur Aufklärung über Glücksspielsucht
- Cannabis-Kampagne Beginn Oktober Prävention (s. Seite 3)

Medizinische Versorgung Schwerstabhängiger (KOA)

- Einrichtung eines 3. Drogenkonsumraums noch in 2016

Seelische Gesundheit (KOA)

Erfassung und Prävention

- Prüfung der Erfassung der seelischen Gesundheit bei Kindern bei der Einschulungsuntersuchung
- Aufnahme von Projekten zur seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Aktionsprogramm Gesundheit
- Mitwirkung bei den Wochen der seelischen Gesundheit
- Projekt Dr. Mönter mit Moscheegemeinde „Seelische Gesundheit“
- Einrichtung Muslimische Telefonseelsorge

Psychiatrie

- 2 Veranstaltungen sowie 2 Fachveröffentlichungen zur Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Erstellung und Verabschiedung eines neuen PsychKG (KOA)
- finanzieller und personeller Ausbau der Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie – BIP
- Strukturentwicklung und Finanzierung des KMV (Krankenhaus des Maßregelvollzugs)

Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsberatung

assistierte Reproduktion

- Unterstützung des Kinderwunsches ungewollt kinderloser Paare

Umsetzung des Embryonenschutzgesetzes

- Erlass einer PID-VO in Erfüllung bundesgesetzlicher Vorgaben

Schwangerschaftsberatungsstellen (KOA)

- Erhöhung der Finanzierung um 20% nach vielen Jahren des Stillstandes



Geburtenfonds (KOA)

- Einrichtung eines Geburtenfonds für nichtversicherte EU-Bürgerinnen 300.000 Euro
- Beteiligung von 12 Berliner Kliniken vertraglich gebunden

Umsetzung Transplantationsgesetz

- Festlegung der Entnahmekrankenhäuser in Berlin
- Einsetzung von TX-Beauftragten in den Krankenhäusern
- Einführung einer Berliner Jahrestagung der TX-Beauftragten
- Werbung für Organspende (s. Kampagnen)

Infektionsschutz (KOA)

- Verbesserung des Impfstatus der Berliner Bevölkerung/Grippe
- Impfaufruf Masernbekämpfung
- Ausweitung der Impfkationen im Rahmen des ÖGD
- Ausrichtung des Nationalen Impfkongresses
- Schwerpunkt multiresistente Keime in Krankenhäusern
- Verabschiedung der neuen Hygieneverordnung

Gesundheits- und Sozialberichterstattung (KOA)

- Berichte Einschulungsuntersuchungen (ESU)
- Handlungsorientierter neuer Sozialstrukturatlas für Berlin
- Sozialstrukturatlas Deutschland

Impressum

Herausgeber:
 CDU Reinickendorf-West
 Oraniendamm 10-6, Aufgang D
 13469 Berlin
 Telefon +49 (30) 496 12 46
 Telefax +49 (30) 496 30 53

Auflage digital/Download
 Heftzeitspreis -kostenlos-
 Format -DIN A 5 hoch-

Chefredaktion:
 Emine Demirbükten-Wegner

Redaktion:
 Lisa Bubert (Texte)
 Gülay Durgut (Texte und Fotoredaktion)

Layout/Druck:
 Wiesjahn Satz- und Druckservice

Kontakt zur CDU Reinickendorf-West im
 Internet: www.reinickendorfwest.cdu-reinickendorf.de

Kontakt zur Staatssekretärin
 Emine Demirbükten-Wegner im Internet
www.emine-dw.de